

Handels-Zeitung des Leipziger Tageblattes

Seite 6

Donnerstag, den 28. Juni 1923

Nr. 151

Die mit „*“ versehenen Artikel, Notizen und Kurse sind Originalarbeiten des Leipziger Tageblattes und dürfen nur mit voller Quellenangabe nachgedruckt werden

Zur Devisenverordnung

Die neue Devisenverordnung mit ihrer Tendenz, den Devisenverkehr in Berlin zu konzentrieren, hat eine Frage der Provinz-Devisenbörsen geschaffen. In Frankfurt a. M. hat man sich ummehr damit geholt, daß der Frankfurter offizielle Devisenverkehr in Anpassung an die Berliner Notierung zunächst provisorisch derart aufrechterhalten wird, daß Nachfrage und Angebot des Frankfurter Platzes nach Berlin gemeldet und von der Reichsbank zunächst durch die Bankhäuser Lazard, Speyer-Elliessen & Lincoln, Menny Oppenheimer, nach den einzelnen Valuten verteilt, ausgeglichen werden. In Kürze soll eine besondere neutrale Stelle für den Frankfurter Platz geschaffen werden, die im Einverständnis mit der Reichsbank den Ausgleich zu den Berliner Kursnotierungen vornehmen wird.

In Köln kam es zu einem scharfen Protest der Kölner Handelskammer. Es sei bei Erlaß der Devisenverordnung nicht auf die besonderen Verhältnisse des Kölner Platzes und des besetzten Gebietes Rücksicht genommen worden. Selbst wenn der Kölner Börsenvorstand das Frankfurter Verfahren einschlägt, werde kein Ausgleich von Angebot und Nachfrage möglich gewesen sein, da sich die Reichsbank in Köln an dem Ausgleich niemals beteiligt hat. Dieser sei vielmehr bis jetzt nur durch die engen Arbitragebeziehungen zwischen Köln und den benachbarten ausländischen Plätzen vollzogen worden. Das Fehlen einer Kölner Devisenbewertung im amtlichen oder in dem hier stets sehr umfangreichen Freiverkehr und die Abhängigkeit der Interessenten von Berlin habe aber, nach dem Urteil der Kenner des rheinischen Wirtschaftslebens, das ganz auf dem Kölner Platz eingestellt ist, katastrophale Folgen. Schon allein wegen der völlig unzureichenden telegraphischen und telephonischen Verkehrsmittel zwischen dem besetzten Gebiet und Berlin sei es der hiesigen Industrie und dem Großhandel unmöglich, zu disponieren, wenn ihnen die Nachricht, ob und in welchem Umfang ihnen in Berlin zuguteleitet würde, unter Umständen mit 24 oder 36stündiger Verspätung zugeht. Eine Reihe von wichtigen Märkten sei aber von der Kölner Börse so abhängig, daß die Einstellung der Kölner Devisennotierung nahezu ihre Vernichtung bedeute. Das gelte z. B. für die Kölner Waren- und Produktbörsen, die gerade aus der engen, sogar räumlichen Verbindung mit der Devisenbörse ihres Hauptantriebs bezogen hat. Die Kölner Devisenbörse hatte besonders für die westlichen Devisen stets eine von Berlin durchaus unabhängige Bedeutung. Das seien aber erst die Kleinheiten der Schwierigkeiten, auf die in Köln aufmerksam gemacht wird. Am bedenklichsten ist die Anwesenheit zahlreicher ausländischer (Entente-) Banken in Köln, die sich an die Devisenverordnungen der Reichsregierung nicht im geringsten kehren, auch deshalb nicht, weil die Rheinlandkommission schon die letzte Verordnung für das besetzte Gebiet gar nicht genehmigt hat. Tatsächlich hat denn auch der belgische Delegierte der Rheinlandkommission in Aachen am Dienstag die Anwendung der neuen Devisenverordnung für die belgische Zone verboten und ihre Befolgung unter Strafe gestellt. Weiter wurde am Dienstag in Köln beobachtet, daß der Devisenbedarf, der weder in Köln noch in Berlin gedeckt werden konnte, sich bei den hiesigen fremden Banken befriedigt hat. Dazu dürfte man es aber unter keinen Umständen kommen lassen.

Der Berliner Börsenvorstand beschloß, einen Handel in Dollarschatzanweisungen künftighin für börsenfreie Tage zu verbieten. Der Börsenvorstand ging dabei von der Auffassung aus, daß Dollarschatzanweisungen Effekten (nicht Devisen) darstellen und darum an Börsennotierungen nicht in der Börse gehandelt werden dürfen. Weiter soll der Frage übergetreten werden, den freien Handel in Dollarschatzanweisungen vollständig zu untersagen und lediglich eine Einheitsnotiz dafür feststellen zu lassen. Auch dem freien Effektenhandel an börsenfreien Tagen soll in Zukunft mit größerer Energie entgegengetreten werden. Es werden an börsenfreien Tagen nur diejenigen Besucher Eintritt in die Börsenhalle erlangen, die sich im Besitz einer Einladungskarte zum Devisenzimmer befinden. Dieser Beschluß soll mit äußerster Strenge durchgeführt und der widerrechtliche Handel mit Wertpapieren mit strengen Strafen, evtl. mit Ausschluß von der Börse geahndet werden.

Eine Ausführungsverordnung des Reichswirtschaftsministers zur neuen Devisenverordnung bestimmt:

In Fällen, in denen für ausländische Zahlungsmittel amtliche Kurse nicht notiert werden, können im Bedarfsfall in der Presse regelmäßig Preise veröffentlicht werden, die von einem Ausschuß der Berliner Bedienungsgemeinschaft für den Wertpapierverkehr ermittelt werden. Diese Preise treten für Geschäfte in solchen Zahlungsmitteln an die Stelle der amtlichen Kurse im Sinne § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 22. Juni 1923. Die veröffentlichten Preise gelten bei Abschlüssen in diesen Zahlungsmitteln als Höchst- und Mindestpreise.

Ausländische Banknotenorten und Papiergeld können auch über den in § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 22. Juni d. J. festgesetzten Höchstbetrag hinaus von Devisenbanken und Wechselstuben zum Preise unterhalb der letzten amtlichen Kurse oder der nach § 1 ermittelten Preise erworben werden.

Die Vorschriften der Verordnung finden auf Geschäfte, die mit der Devisenbeschaffungsgesellschaft abgeschlossen werden, keine Anwendung.

Das Zusatzabkommen zum deutsch-schweizerischen Goldhypothekendarlehen. Das noch langwierige und schwierige Verhandlungen am 25. März 1923 zwischen der deutschen und schweizerischen Verhandlungsdelegation abgeschlossene Zusatzabkommen zum deutsch-schweizerischen Goldhypothekendarlehen vom 6. Dezember 1920 ist, nachdem ihm der schweizerische Bundesrat schon vor einiger Zeit zugestimmt hatte, nunmehr neben dem zugehörigen Ausführungsvertrag auch vom Reichstag genehmigt worden und wird in der nächsten Nummer des „Reichsgesetzblattes“ zum Abdruck kommen.

South-West-Africa-Anteilscheine. An der Berliner Börse wurde am Montag bei großer Nachfrage der Kurs für die Anteilscheine mit 25 000 Proz. festgestellt. Nach Verabschiedung des Liquidationsschlichtengesetzes dürfte die Einlösung der Anteilscheine in nächster Zeit erfolgen. Wie dazu von maßgebender Seite mitgeteilt wird, kommt im Berliner Kurs eine durch nichts gerechtfertigte starke Überbewertung zum Ausdruck, da der Einlösungskurs nur etwa 1150 Proz. betragen wird und die Anteilbesitzer einem Verlust von mindestens 23 000 Proz. entgehen. Wie ausdrücklich versichert wird, darf eine Sonderregelung nicht erwartet werden.

Die polnische Devisenkommission hat nunmehr ihre Tätigkeit begonnen. Es hat sich aber sofort ergeben, daß der praktische Devisenhandel keineswegs sich in den gezogenen Grenzen abspielt. Der Dollaraufschlag zur staatlichen Darlehenskasse hat wesentlich nachgelassen, und die schwarze Börse arbeitet wieder flott zu ganz anderen als den amtlichen Kursen von 98 Polenmark für einen Dollar und 85 Polenpfennigen für eine Reichsmark. Sie notiert den Dollar mit 120 000 und die Reichsmark pari. Die Verhandlungen mit der Industrie über die Ablieferung von Ausfuhrdevisen haben sich noch nicht zu positiven Abmachungen verdichtet. Bezeichnend ist, daß die Teuerung trotz des angeblichen Dollarfalles lawinenartig wächst. Dieses alles sieht nicht aus, als ob man hier in wirtschaftlichen Kreisen mit einer bleibenden Besserung der Polenmark rechnet.

Sperrung der Börsen in Griechenland. Ein Telegramm der Idee Nationale aus Athen meldet, daß die griechische Regierung die Sperrung aller Börsen auf einen Monat angeordnet habe, um die Liquidationen zu erleichtern, da die letzten Kursstürze eine schwierige Lage geschaffen haben.

Hausbesitzerbank Thüringen, a. G. m. b. H. in Weimar. Das Institut schließt mit einem Reingewinn von 2,1 (i. V. 0,06) Mill. M., voraus eine Dividende von 30 (6) Proz. zur Verteilung gelangt. Ein großer Teil des Reingewinns wurde den Reserven zugewiesen, während das Inventar glänzlich abgeschrieben wurde. Der Gesamtsatz betrug 918,9 (143,37) Mill. M. Auch im neuen Geschäftsjahr hat sich die Bank trotz der bestehenden Verhältnisse günstig weiter entwickelt. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 1120 mit 26 882 Geschäftsanteilen. Die Anteile wurden auf 3000 M. erhöht, bei einer Höchstzahl von 200 pro Mitglied. Die Spareinlagen betragen zurzeit 163 Mill. M. Der Gesamtsatz in den ersten fünf Monaten betriff sich auf rund 5 Milliarden Mark.

Allianz-Versicherungs-A.-G. in Berlin. Die G.-V. genehmigte den Vertrag zur Bildung einer Interessengemeinschaft mit der Wilhelm a. G. in Magdeburg. Allgemeine Versicherungs-A.-G. Innerhalb des Konzerns wird, wie auch bei allen anderen Gesellschaften, die Wilhelm ihre Selbständigkeit bewahren. Zur Durchführung der Interessengemeinschaft ist ein Aktientausch im Verhältnis 1:1 vorgesehen, doch ist eine Kapitalerhöhung bei der Allianz dabei nicht erforderlich. Neu gewählt in den Aufsichtsrat der Allianz wurde u. a. der Generaldirektor der Wilhelm Dr. Heinrich Hahn.

Hovad-Konzern. Die Generalversammlungen der „Hobenzollern“, Versicherungs-A.-G., „Vaterland“, Rückversicherungs-A.-G., „Adler“, Transport- und Rückversicherungs-A.-G., Hovad Deutschland, Transport-Versicherungsbank, A.-G., und der „Ostra“, Lebens-Versicherungsbank, A.-G., hatten auch über Erhöhung der Grundkapitalien Beschlüsse zu fassen. In allen Versammlungen wurden die Tagesordnungen ohne jede Erörterung erledigt. Es gelang somit für 1922 bei sämtlichen Gesellschaften eine Dividende von je 30 Proz. auf ihre jeweiligen mit 25 Proz. eingezahlten Kapitalien sofort zur Auszahlung. Weiter werden die Aktien unter entsprechenden Abänderungen der Satzungen voll gezahlt, und ihren Besitzern wird freigestellt, die Namensaktien in Inhaberkonten umzuwandeln. Ferner wurde beschlossen, die Grundkapitalien zu erhöhen, und zwar bei Hobenzollern und Vaterland um je 60 auf je 70 Mill. M., bei Adler um 48 auf 50 Mill. M., bei Hovad Deutschland um 27 auf 30 Mill. M. und bei Ostra um 45 auf 50 Mill. M. Die neuen Aktien nehmen sämtlich vom 1. Januar 1923 ab der Dividende teil und werden von der Hovad-Treuhand-G. m. b. H. übernommen, und zwar von den neuen Aktien der Hobenzollern und Vaterland 40 Mill. M. zu 125 Proz. mit der Verpflichtung, sie zu demselben Kurs in der Weise anzubieten, daß auf nom. 1000 M. alte Aktien nom. 4000 M. neue Aktien entfallen. Weiters 19 Mill. M. übernimmt die Treuhand-G. m. b. H. zu 300 Proz. mit der Verpflichtung, sie bestmöglich im Interesse der Gesellschaft zu verwerten. Bei Adler werden 8 Mill. M. unter denselben Bedingungen von der Treuhand-G. m. b. H. angeboten und 30 Mill. M. von ihr für bestmögliche Verwertung im Interesse der Gesellschaft übernommen. Bei der Hovad Deutschland bietet die Treuhand 12 Mill. M. zum Bezugs an und verwertet 14 Mill. M., die sie zu 300 Proz. übernommen hat, im Interesse der Gesellschaft. Bei der Ostra werden 20 Mill. M. angeboten und 24 Mill. M., die zu 300 Proz. übernommen werden, bestmöglich verwertet. 1 Mill. M. der neuen Aktien werden bei allen Gesellschaften auf den Namen gestellt und als Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht der Treuhand-G. m. b. H. zu part überlassen. Das Stimmrecht dieser Vorzugsaktien ist bei Hobenzollern und Vaterland je ein 50faches, bei Ostra und Adler je ein 40faches und bei Hovad

Deutschland ein 20faches. In den Aufsichtsrat wurden bei allen Gesellschaften die ausscheidenden Mitglieder wiedergewählt. Die Verwaltung denkt den Konzern weiter auszubauen und demnächst 12 weitere Rückversicherungen zu gründen. Die Hovad-Treuhand-G. m. b. H. wird in eine A.-G. umgewandelt und dient als solche dann als Dachgesellschaft sämtlicher Hovad-Versicherungsgesellschaften.

Schutzaktion im Wiener Bankgewerbe. Zum Schutze gegen die durch die auffallenden Aktienkäufe der letzten Zeit drohend gewordene Majorisierung Gefahr wollen die Oesterreichische Kreditanstalt und die Bodenkreditbank in den nächsten Tagen die Ausgabe von mehrteiligen Schutzaktien vorschlagen. Die Zustimmung der Regierung soll bereits erteilt worden sein.

Die polnisch-österreichische Steinkohlenförderung. Die Steinkohlenförderung belief sich in der Woche vom 11. bis 17. Juni laut Industrie-Kurier bei einer förderfähigen Leistung von 81 721 t (Vorwoche: 82 485 t) bei 6 Förderertagen auf insgesamt 490 326 t (6 Förderertage: 494 299 t). Davon verbleiben innerhalb der Polnisch-Oberschlesien 147 457 t (147 623 t). Nach dem übrigen Polen gelangten 95 193 t (110 588 t), nach Deutsch-Oberschlesien 56 819 t (59 922 t), nach dem übrigen Deutschland 166 853 t (117 592 t). Der Kohlenbestand betrug am letzten Tage der Berichtswoche 290 757 t (339 229 t). Es konnten alle 46 789 angeforderten Wagen gestellt werden.

Die englische Kohlenförderung belief sich in der Woche vom 19. bis 25. Mai laut Industrie-Kurier auf 3 737 000 t, gegenüber 3 796 000 t in der vorhergehenden Woche.

Gebr. Bühler, A.-G. in Berlin. Die G.-V. wählte als Ersatz für den aus Gesundheitsrücksichten ausgeschiedenen Geheimen Oberfinanzrat Müller neu in den Aufsichtsrat den Direktor der Dresdner Bank, Herbert M. Gutmann.

Mahlfabrik Stuttgart. Auf der Tagesordnung einer a. o. G.-V. steht u. a. Genehmigung des Verschmelzungsvertrages mit der Bamberger Mälzerei, ferner Erhöhung des Grundkapitals um 10 Mill. M., darunter 1 Mill. M. Vorzugsaktien mit 10fachem Stimmrecht.

Elektrizitätswerke, Betriebs-A.-G. in Riesa. Die G.-V. beschloß die Fortsetzung der Dividende auf 25 Proz. und genehmigte die teilweise und auch die künftige Unterversicherung der Werke. Dem Aufsichtsrat wurden wieder hinzugewählt Oberregierungsrat Dr. Meutzner-Dresden und Oberregierungsrat Dr. Striegner-Dresden. Mitgeteilt wurde, daß der Geschäftsgang durchaus befriedigend sei und aller Voraussicht nach die Kündigung des Riesaer Werkes seitens der Stadt Riesa nicht aufrecht erhalten werden wird, sondern eine ander Vereinbarung mit der Stadt getroffen werden kann.

Hugo Schneider, A.-G. in Leipzig. Die G.-V. an der 35. Aktionäre mit 67 261 Stimmen teilnahmen, genehmigte die Kapitalerhöhung um 76 auf 127 Mill. M. 28 Mill. M. sollen alsbald begeben werden, und zwar sollen 10,2 Mill. M. den Stamm- und Vorzugsaktien im Verhältnis 5:1 zu einem noch zu bestimmenden Kurse angeboten, weitere 15,8 Mill. M. bestens verwertet und die restlichen 0,5 Mill. M. die einwilligen mit 25 Proz. einzuzahlen sind, zur Verfügung der Gesellschaft gehalten werden. Neu in den Aufsichtsrat wurden gewählt Generalkonsole Dr. Schoen in Leipzig, Dr. Liesener in Köln, Dr. Barth in Berlin und Direktor Bölsche in Berlin. Die letzteren beiden Herren sind als Vertreter der Großaktionäre Hirsch-Kupfergruppe gewählt worden. Die neuen Mittel sollen zur Verstärkung der Betriebsmittel dienen.

Schubert & Salzer, Maschinenfabrik, A.-G. in Chemnitz. Wir haben bereits gemeldet, daß der G.-V. 300 (i. V. 50) Proz. Dividende vorgeschlagen werden. Im einzelnen zeigt der Abschluß für 1922/23 folgendes Bild: Der Fabrikationsgewinn stieg von 40,99 auf 1399,22 Mill. M., Zinseinnahmen erbrachten 14,31 (1,68) Mill. M. Dagegen erforderten Geschäftskosten 177,94 (10,32) und Abgaben 634,18 (9,74) Mill. M. Für Abschreibungen wurden 190,98 (4,65) Mill. M. angezahlt. So bleibt einschl. Vortrag ein Reingewinn von 362,42 (18,29) Mill. M., aus dem die gemeldete Dividende verteilt wird, 140 (2) Mill. Mark finden für Wohlfahrtszwecke usw. Verwendung, während 12,16 (0,56) Mill. M. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Lauf Geschäftsbericht haben die im Vorjahre übernommenen Arbeitssachen und die im abgelaufenen Geschäftsjahre erlangten Aufträge die volle Leistungsfähigkeit der Werke auszunutzen lassen. Von wesentlichen Störungen verschont geblieben, konnte die Gesellschaft im laufenden Geschäftsjahre voller Arbeitszeit eine anscheinlich Menge an Fabrikaten auf den Markt bringen, die in aller Welt willig aufgenommen wurden und in Papiermark bedeutende Ziffern darstellten. Der weiteren inneren Konsolidierung wurde insoweit Rechnung getragen, als die Fabrikationsbestände in der Bewertung gegen etwa eintretende Entwertung gesichert wurden; ferner dadurch, daß die Anlagen, nach vorher abgezinsten 60 Proz. für die Überbewertung der Zugänge, vollständig abgeschrieben werden sollen. Die Produktion hätte mit den eigenen Mitteln nicht im stärksten Maße durchgeführt werden können, nur ein kleiner Teil der Belegschaft hätte durchgehalten werden können, wenn dem Unternehmen nicht diesem bedeutende Summen fremder Gelder zur Verfügung gestanden hätten (vergl. das unten in der Bilanz angeführte „Anhangsges.“). In Übereinstimmung mit dem Goldwertengesetz hinsichtlich der Abschreibungen wird ein Wertminderungskonto mit 600 MR. M. eröffnet. Die bereits im Gange befindlichen Bauten sind, mit Ausnahme des Vergrößerungsbaus in der Filiale Hohenstein, noch nicht ganz fertiggestellt und haben unter mehrmaligen, längeren Streiks gelitten. Was die heutige Lage anlangt, so können die Werkstätten noch auf eine Reihe von Monaten voll beschäftigt werden.

Die Bilanz zeigt eine außerordentlich große Steigerung der Außenstände von 43,74 auf 7480,09 Mill. M. Bankguthaben und Kasse sind mit 313,1 (144,1), Wechsel mit 299,78 (4,63) Mill. M. angezahlt. Auffallend ist auch die Steigerung der Wertpapiere von 0,09 auf 538,17 Mill. M., über deren Zusammensetzung nichts gesagt wird. Die Fabrikationsvorräte sind mit 407,25 (6,63) Mill. M. angezahlt (vgl. oben). Verbindlichkeiten betragen 1280,55 (21,92) Mill. M., während Annehmungen mit

4353,79 (86,87) Mill. M. zu Buche stehen. Die gesetzliche Rücklage hat sich durch das Aufgeld aus der letzten Kapitalerhöhung von 31 29 auf 532,48 Mill. M. erhöht.

bl Lindener Eisen- und Stahlwerke, A.-G. in Hannover. Die a. o. G.-V. beschloß Erhöhung des Aktienkapitals um 6 Mill. M. Stamm- und 2 Mill. M. Vorzugsaktien. Die neuen Stammaktien werden den alten Aktionären im Verhältnis von 4:1 zum Kurse von 20 000 Proz. angeboten. Die Verwaltung wird ermächtigt, eine weitere Erhöhung des Aktienkapitals um 8 Mill. M. Stamm- und 4 Mill. M. Vorzugsaktien durchzuführen unter Ausschuß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre.

Schuldverschreibungen des Leipziger Zoologischen Gartens. Die restlichen 414 500 M. 4proz. Schuldverschreibungen des in dem Besitz der Stadtgemeinde Leipzig übergebenen Zoologischen Gartens wurden laut Anzeige für 31. Dezember d. J. zur Rückzahlung aufgekündigt.

ch Kell & Löser, A.-G. für Hoch- und Tiefbau, in Leipzig. Nach dem Geschäftsbericht bezifferte sich der Gewinn aus Bauten in dem elf Monate umfassenden ersten Geschäftsjahr 1922/23 auf 47,4 Mill. M. Nach Berücksichtigung der Handlungskosten in Höhe von 331,6 Mill. M. und der Abschreibungen von 6 Mill. M. ergibt sich ein Reingewinn von 9,7 Mill. M., aus dem, wie bereits gemeldet, 60 Proz. Dividende verteilt werden. Die Beschäftigung war gut. Die vorliegenden Aufträge konnten mit gutem Gewinn durchgeführt und die Niederlassungen durch neuzustellende Betriebs- und Ausbau der Werkplätzenanlagen leistungsfähiger gestaltet werden. Die Gesellschaft hat noch auf lange Zeit hinaus ausreichende Beschäftigung. Mit der Julius-Berger-Tiefbau-A.-G. in Berlin wurde eine Interessengemeinschaft geschlossen, welche dem Unternehmen gute Betätigung in Aussicht stellt, während mit einer bayrischen Firma die „Eisenbeton-G. m. b. H. Augsburg, Kleofas & Knapp - Kell & Löser, A.-G.“ gegründet wurde. In der Bilanz erscheinen u. a. Außenstände mit 330, Bankguthaben mit 6,2, Postschek-Guthaben mit 2,8, Forderungen aus Bauten mit 40,2 und Gläubiger mit 4,9 Mill. M.

Allgemeine Holzbau-A.-G. (Ahoag) in Charlottenburg-Ludwigshafen am See. Der G.-V. wurden der Geschäftsbericht und die Bilanz per 1921 und 1922 vorgelegt. Die Bilanz per 31. Dezember 1921, welche bezüglich des Aktienkapitals beichtigt werden mußte, wurde, ebenso wie die des abgelaufenen Geschäftsjahres, mit 6817 gegen 504 Stimmen genehmigt. Demnach wird aus dem Reingewinn eine Dividende und 30 Proz. Dividende verteilt. Der aus dem Vorstand ausgeschiedene Direktor Leo Callenberg, Charlottenburg, und Direktor Karl Hausdorf, Berlin-Grünwald, wurden neu in den Aufsichtsrat gewählt. Eine besonders starke Opposition setzte von zwei Seiten gegen den Vorschlag der Verwaltung ein, bei Erhöhung des Aktienkapitals den alten Aktionären ein Bezugsrecht im Verhältnis von 1:5 einzuräumen. Während die eine Seite der Opposition (324 Stimmen) die Bewilligung volles Bezugsrechtes forderte, beantragte der andere Oppositionsteil mit 690 Stimmen den Ausschluß jeglichen Bezugsrechtes, um im Interesse der Gesellschaft die jungen Aktien besser verwerten zu können. Dem Antrage der letzteren Opposition folgend, wird das gesetzliche Bezugsrecht demnach mit weit über 8-Majorität ausgeschlossen. Es sind jedoch insoweit zur Herbeiführung eines Ausgleichs mit der Opposition seitens der Verwaltung mit dem Übernahmekonzern bindende Abmachungen dahin getroffen, daß das von den Banken übernommene neue Aktienkapital zu günstigen Bedingungen mit Bezugsrecht im Verhältnis von 1:10 an älteren Aktien Aktionären angeboten wird. Durch die sofort durchgeführte Kapitalerhöhung wurde das Aktienkapital von 8,5 auf 110 Mill. M. erhöht, von denen 10 Mill. M. Vorzugsaktien sind. Der Geschäftsbericht betont, daß es der Verwaltung nicht nur zufolge rechtzeitiger Erkenntnis der Preismarktentwertung möglich gewesen ist, einen Ausverkauf zu vermeiden, sondern eine wesentliche Substanzvermehrung durchzuführen. Nach Abschreibung eines Ausgleichs mit der Verwaltung eines neuen Werksabrechnungskontos (9) in Höhe von insgesamt rund 14,67 Mill. M. verbleibt ein Reingewinn von 14,96 (9,61) Mill. M., woraus 15 (20) Proz. Dividende und eine Gratifikation verteilt werden. In der Bilanz erscheinen u. a.: Debitoren 1,19 (27,6), Bankguthaben 1,9, fremde Valuten 2,94, Holz 27,75 (54,81), Kreditoren 17,24 (60,57), Bankschulden 0,37, Werksabrechnungskonto 19 Mill. M. Die Verwaltung beschließt, die Aktien der bereits seit 1916 bestehenden Gesellschaft an einer ordentlichen und auch an der Berliner Börse einzuführen. Auch für das laufende Jahr rechnet die Verwaltung wieder mit einem recht günstigen Ergebnis.

Rawack & Grünfeld, A.-G. in Charlottenburg. Der Reingewinn des abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt nach Abzug von 196,03 (i. V. 20,83) Mill. M. für Handlungskosten und Steuern 118,78 (17,89) Mill. M. Die Dividende wird mit 500 (50) Proz. beantragt.

Hans Ritzner, A.-G. in Leipzig. Das Betriebsergebnis in 1922/23 (erstes Geschäftsjahr) beziffert sich auf 357,5 Mill. M. Nach Abzug von 221 Mill. M. Unkosten und 17,2 Mill. M. Abschreibungen bleibt ein Reingewinn von 119,36 Mill. Mark, woraus 300 Proz. Dividende verteilt werden. Die Lagerhäuser waren das ganze Jahr voll ausgenutzt. Der Spedition- und Möbeltransportbetrieb hatten laufend gute Beschäftigung. Die Großhandelsabteilung erzielte hohe Umsätze, ebenso die Abteilung Landwirtschaftsbedarf. Auch die Abteilung Rauech & Co., Leder- und Möbel- und Ledergröbhandlung, hatte flotten Absatz, besonders nach dem Auslande. In der Bilanz stehen sämtliche Anlagen mit je 1 M. zu Buche. Ferner erscheinen: Warenbestände 167,17, Debitoren 218,84, Kreditoren 177,29. Der Gewinn aus verwerteten Aktien von 70 Mill. M. dient zur Errichtung eines Reservefonds II.

Leonhard Tietz, A.-G. in Köln. Der Bruttoüberschuß in 1922 betrug 3 621,66 (i. V. 196,55) Mill. Mark. Unkosten erforderten 2 094,47 (176,53), Abschreibung 18,78 (214) Mill. M.; der verbleibende Reingewinn beträgt inkl. Vortrag 980,48 (18,18) Mill. Mark; hieraus sollen 100 (18) Proz. Dividende verteilt und 70,6 (1,09) Mill. M. vorgelagert werden. Die Bilanz weist u. a. aus: Waren 1 218,08 (144,11), Außenstände 446,2 (21,58), Bankguthaben 442,54 (97), Warenschulden 428,47 (89,59) und verschiedene Schulden 456,34 (29,95). Aus dem Reingewinn sollen 300 Mill. M. als Sonderdividende vorwandt werden. Ueber die Annahmen Mißt sich nichts sagen.

Donnerstag, den 28. Juni 1923
schäfts-
von 78
12,27 (8)
konto 8,5
dende ve
chemisch
G.-V. ge
30 Proz.
Verdopp
10 Mill.
im Verh
Die Kap
Genehmig
Aenderung
stimmig
a. o. G.-V.
Mark Sta
Stammakt
unter 506
werden.
wurde de
dung w
und die
lich gew
triebmit
gang im
zufrieden
AF
Deckung
von 3,45
2226 M.
steht di
schulden
* Un
dem in
frage nach
ten Ger
waltung,
mit ander
wir aus
binations
stantielle
* vg
G.-V., d
15. Mai
zu bestat
Southern
die Brutt
492 000 D
* De
ergab sic
und eine
mit ein
ersten 4
einer Ein
fahr von
betrag d
Goldkron
Br
* vg
Material d
schlechte
395 Schiffe
403 309 Ton
Stadt 319
Bremshav
155 248).
gekomm
in Brake 2
in Norden
29 007), so
nung insg
belaufen 4
526 158 Re
leichter mi
schiffa
mit 67 080
weiser 159
Von J
sind in br
3 030 688 B
1440 Schiff
in 308 mit 6
angekomm
(2 mit 400
18 mit 46
Reg.-To. o
die Ankin
2 309 645 K
Dampfer m
225 Seelie
Die Flue
zuzug mit
der Ober
259 138).
Im Ver
Vokter h
gekomm
im Mai 1918
sind dage
Reg.-To.,
und im M
* sb
stättung
auf 22 M
zugsktie
Schiff
um 200 00
aktien.
Für di
- Be
weida.
Der Ges
demnach
eingeführt
Kapita
- Ein
Durch d
Roggen
2. bis 7
bringt
märklich
öffentlich
* ch
Maschine
nehmt
von 100